

Marburg, den 7. Juni 2021

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 28. Mai 2021**Kein Ausschuss zur Gültigkeit der OB-Wahl – Einstimmig für Schutz des Mahnmals Memoria – Beschlüsse für Kultursommer, „grünes Klassenzimmer“, Schwimmkurse, diskriminierungsfreie Werbung und eine vielfältige und tolerante Verwaltung**

Die Stadtverordnetenversammlung am letzten Freitag im Mai stand atmosphärisch unter dem Eindruck der noch ungeklärten Koalitionsfrage für die Stadtregierung. Sie war Thema in den Wandelgängen und Pausen. Für den Tatendrang der Fraktionen wirkte es sich nachteilig aus, dass die Fachausschüsse noch nicht gebildet waren. Wichtige Anträge wie zum Bau einer Sporthalle an der Elisabeth-Schule (Marburger Linke), der Trinkwasserversorgung (Grüne) oder Radspur an der Panorama-Straße (SPD) mussten verschoben werden.

Eklat: Gültigkeit der Wahl des/der Oberbürgermeister*in

Es bedurfte einer Unterbrechung der Sitzung und die Einberufung des Ältestenrats, weil die Fraktion der Grünen überraschend die Einrichtung eines Wahlprüfungsausschusses beantragte – entgegen ihrer ursprünglichen Position, sich bei der Feststellung der Wahlgültigkeit zu enthalten. Ihre Auffassung, dass gravierende Mängel bei der Durchführung der Wahl zu befürchten seien, wurde von den anderen Fraktionen und der Justitiarin der Stadt nicht geteilt. Ergebnis: Wie auch zuvor im Ausschuss wurde die Gültigkeit der Wahl des/der Oberbürgermeister*in bei Enthaltung der Grünen-Fraktion – somit einstimmig – festgestellt. Renate Bastian befand für die Marburger Linke, dass das demokratische Gebot des allgemeinen, freien und gleichen Zugangs zur Wahl nach aktuell möglichem Kenntnisstand nicht verletzt sei. Der gerichtliche Weg bleibt offen.

Dringlichkeitsanträge: Kultursommer – Grünes Klassenzimmer – öffentliche Toiletten

Bereits im April hatte das Stadtparlament auf Antrag der Grünen einen **Kultursommer** mit Bereitstellung von Veranstaltungsflächen eingebracht. Dies wurde nun einstimmig ergänzt durch Testeinrichtungen und Gewährleistung von geeigneten Busverbindungen.

Die neue CDU/FDP-Gemeinschaft beantragte ein Konzept „**Grünes Klassenzimmer**“, um „auf den verschiedenen Außengeländen der Marburger Kitas und Schulen Bedingungen für die Errichtung von Lernbereichen und Aufenthaltsbereichen im Freien herzustellen“. Tanja Bauder-Wöhr führte zum einstimmigen Beschluss aus: „Die Marburger Linke freut sich, wenn aus der Not heraus etwas Langlebiges entsteht, ein grünes Klassenzimmer welches von Anfang an mit geplant, gestaltet und umgesetzt werden kann, Räume hat es in Marburg genug dafür, sei es an der Lahn, im Wald oder in einer der botanischen Gärten. Wir bewegen uns mit der UNESCO im Rücken auf gutem Wege auch ganz im Sinne des Klimaschutzes.“

Die Marburger Linke forderte ebenfalls dringend, schnellstmöglich die Nutzung von **Toiletten am Georg-Gassmann-Stadion** insbesondere für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen und ausreichend zu beschildern. Dazu Stefanie Wittich: „Für einen Ausstieg aus dem Lockdown brauchen die Marburger Kinder und Jugendlichen an Anlagen wie dem Gassmann-Stadion Klar-

heit, auch über die Frage, welche Toiletten nun offen sind und welche nicht. Die Informationen sind zu unbestimmt."

Die Anträge wurden so akzeptiert

Diskriminierung verhindern

Gegen jede Form der stereotypen, sexistischen und diskriminierenden Werbung in der Öffentlichkeit wandte sich ein Antrag der Grünen. Stefanie Wittich wollte ihn für die Marburger Linke dahin ergänzen, seitens der Stadt „Verträge nur noch mit solchen Anbietern auszuhandeln, die einen professionellen Umgang mit diskriminierungsfreier Werbung pflegen. Krieg ist die höchste Stufe der Menschenverachtung: Daher gehört Werbung für das Militär in jedem Fall abgeschafft!" Die Antragsteller mochten das nicht übernehmen, obwohl die Initiative „Nein zum Krieg“ sich dafür stark gemacht hatte. Ansonsten Annahme auch durch die Marburger Linke.

Höhepunkt der Parlamentssitzung: Einstimmiges Votum für das Mahnmal Memoria

Zum Jahrestag der rassistischen Morde von Hanau hatte eine Initiativgruppe ein Mahnmal des Marburger Künstlers Alexeir Diaz Bravo am Friedrichsplatz errichtet. Unmittelbar nach dessen Beschädigung brachte die Marburger Linke einen Antrag zum Schutz des Mahnmals ein. Er wurde mit eindrucksvollen Stellungnahmen aller Fraktionen einstimmig angenommen. Miguel Sanchez begründete: „Das Mahnmal mag ja auffällig am Platz sein, doch weil wir immer noch in einer Gesellschaft mit Rassismus leben, darf und muss die Mahnung gegen dieses Phänomen nicht anders als sehr auffällig sein.“

Nicht ganz so einmütig

„Städtebündnis „Mayors for Peace“ ausbauen und durch einen jährlichen Aktionstag mit Leben erfüllen“ – so lautete ein weiterer Antrag der Marburger Linken. CDU/FDP verlangten eine Abstimmung nach Absätzen und enthielt sich bei der Festlegung eines Aktionstages und bei der Ergänzung durch die Grünen, „dass die in Büchel gelagerten US-Atomwaffen zügig aus Deutschland abgezogen werden“. Die übrigen Fraktionen stimmten zu.

Auch beim Antrag der SPD gab es Diskussionsbedarf zum Thema: „Marburg ist vielfältig und tolerant – auch in der Verwaltung“. Für die Marburger Linke sprach sich Roland Böhm dafür aus, „die bisherige tolerante und wertschätzende Praxis der Verwaltung fortzuführen und ‚jede*n nach seiner Fassung selig werden zu lassen‘. Der Antrag hat Sinn, weil es dazu eine neue Gesetzgebung gibt und damit erneut ein Zeichen für Toleranz und Antidiskriminierung gesetzt wird.“

Ohne Diskussion und Gegenstimme

Masterplan Schwimmen (Grüne) und mehr Bewegungsangebote (SPD).

Im Anschluss an den Debattenabschnitt der Parlamentssitzung wurden noch einige Wirtschaftspläne (Stadtwerke, Altenhilfe, Stiftung St. Jakob) verabschiedet. Wenngleich die Diskussionen sachlich verliefen und viele Abstimmungen einmütig ausfielen, war doch eine unterschwellige Nervosität aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch ungeklärten Koalitionsfindung spürbar.

Freundliche Grüße von der **Fraktion Marburger Linke**

Renate Bastian, Stefanie Wittich

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm

Marburg, 7. Juni 2021